

Protokollnotiz zur Veranstaltung Sicherheitsanforderungen, 20./21. März 2009, Berlin.

Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen begrüßen die Eröffnung der Diskussion um die Sicherheitsanforderungen.

Sie stellen in Bezug auf den vom BMU vorgelegten Entwurf der Sicherheitsanforderungen für ein zukünftiges Endlager für hochradioaktive Abfälle am 20. März 2009 fest:

- Die nichtöffentliche Veranstaltung des BMU ersetzt keineswegs ein qualifiziertes Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung.
- Nur ein sicherheitsorientiertes, qualifiziertes, vergleichendes Standortauswahlverfahren entspricht dem internationalen Stand von Wissenschaft und Technik.
- Die Sicherheitsanforderungen, die für einen Endlagerstandort im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens gelten sollen, müssen zeitgleich mit den Anforderungen für ein qualifiziertes und vergleichendes Auswahlverfahren festgelegt werden.
- **Grundlage für die Anwendung der Sicherheitsanforderungen muss zwingend ein vorhergehendes qualifiziertes, vergleichendes und transparentes Auswahlverfahren sein. Dies muss in einem Kapitel „Geltungsbereich“ in den Sicherheitsanforderungen ausdrücklich festgelegt werden.** Das bisherige Kapitel „Zielsetzung und Geltungsbereich“ ist zu trennen.

ErstunterzeichnerInnen:

B.U.N.D.

Greenpeace

Vertreterinnen und Vertreter aus der Region Lüchow-Dannenberg:

Stellvertretende Landrätin

Vorsitzender des Ausschusses „Atomanlagen, öffentliche Sicherheit und Katastrophenschutz“ des Landkreis Lüchow-Dannenberg

Koordinatorin der „Gartower Runde“

Umweltpfarrer Lüchow-Dannenberg

Mitglied der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“

Atompolitischer Sprecher des DGB

SPD

Die Linke

UWG

Bündnis '90/Die Grünen